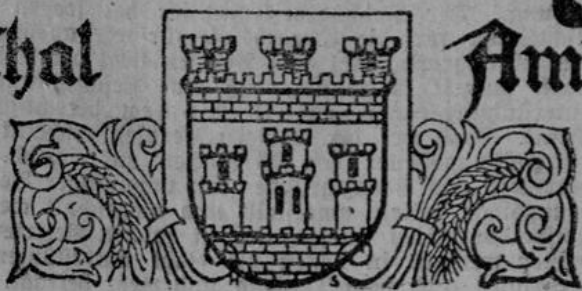


Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal

Ämtliches Verordnungsblatt

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 8,00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie“ 12,00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung“ erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowksi, Steinheim.



Anzeigenpreis: Die einseitige Grundzeile (Breite 45 mm breit) oder deren Raum 80 Pf., die Reklamezeile (Breite 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowksi, Steinheim i. Westf.

Nr. 126.

Steinheim, Dienstag, den 22. November 1921.

28. Jahrgang.

Washington.

Noch einige Wochen, und die Welt wird um ein großes Hornberger Schießen reicher sein. In Washington tagt die große Abrüstungskonferenz, und man geht auf's Ganze. Die Sache hängt gleich mit dem großen amerikanischen Abrüstungsvorschlag gut an. Es sollte an die Seerüstung herangegangen mit Baubeschneidungen, Bauunterbrechungen und Bauaufhebungen. Alles war erlaubt über solch einen frühen Vorschlag Amerikas. Alle Welt war aber noch erstaunt, als die großen Seemächte alle „Ja“ sagten. Daß die Sache so glatt verliefen würde, hatte man nicht geglaubt.

Am zweiten Tage nach dem Vorschlag sah es mit der Zustimmung zu den amerikanischen Vorschlägen schon anders aus. Die Zustimmung war schon nicht mehr so bedingungslos. Man fand Bedenken, Einwände, fand, daß dieser oder jener zu gut oder zu schlecht fort komme, — fand, daß die U-Bootfrage nicht so gerettet sei, wie dieser oder jener das wünsche, und Italien und Frankreich, von deren Seeleistung bei den amerikanischen Vorschlägen überhaupt keine Rede war, fanden, daß sie doch auch mitzusprechen hätten und daß Italien Forderungen an Frankreich und Frankreich Forderungen an Italien zu stellen habe. Als man in Washington sah, daß die einstimmige Zustimmung nicht mehr so schön aussah wie am ersten Tag, zog man sich schleunigst in die Dunkelkammer der geheimen Sitzungen zurück, aus denen nach einem Begräbnis allererster Klasse die amerikanischen Marineabrüstungsansprüche dann ohne Zweifel in einer Fassung eine Aufrechterhaltung finden werden, an der die Kriegsinstrumente und die Marinebauindustrien ihre helle Freude haben dürften. Das ist schon leicht vorauszu sehen.

Und, was der „Abrüstung“ zur See recht ist, ist der Abrüstung zu Lande billig. Selbstverständlich ist man sich auch in diesem Punkte sozusagen völlig einig, bis auf Frankreich und einige andere. Herr Briand geht in Washington in gereizter Erwartung umher, schreit nach Sicherheiten für Frankreich und erklärt unerbittlich, er würde nicht durch die Blume sprechen, wenn er es nötig finden würde, für Frankreich zu reden. Frankreich muß nämlich Sicherheiten haben, weil es selber nur das größte Heer der Welt und — Deutschland kein einziges schweres Geschütz, keine Festung, keine Armee, keine Flotte, überhaupt keine brauchbaren Waffen hat. Frankreich ist so friedliebend, daß es unbedingt Sicherheiten haben muß, um Deutschland weiter den schweren Militärstützpunkt in den Rücken setzen zu können. So will es die Achtung vor der französischen Kultur, die die Welt dem exzessivsten Bolle der Franzosen schuldet. Herr Briand wird Sicherheiten verlangen, und da man ihm kein Bündnis geben wird, wird er verlangen, daß Frankreich länger am Rheine bleiben darf, als das vorgezogen ist.

Das wird das einzig Greifbare sein, was aus der großen Washingtoner Konferenz hervorgeht. Frankreich wird in Frankreich abzurufen und die abgerufenen Formationen an den Rhein werfen wollen. Dann muß Deutschland sie als Besatzungstruppen bezahlen und der französische Heereshaushalt erscheint verringert. Das ist dann Frankreichs Abrüstung. Eh.

Wiesbaden und Versailles.

Die Wiesbadener Vereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich sind für das deutsche Wirtschaftsleben von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Dies ergibt sich am deutlichsten aus einem Vergleich des Wiesbadener Abkommens mit den Forderungen aus dem Friedensvertrage von Versailles.

Das Wiesbadener Abkommen ist ein Versuch, die Leistungen Deutschlands für die Wiedergutmachung in Sachleistungen zu vermindern. Diese Möglichkeit ist im Friedensvertrage vorgesehen. Wir haben danach Waren in jedem beliebigen Ausmaß zu liefern, so weit die Entente-Länder es für ihren Wiederaufbau oder für ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse für nötig halten. Es ist also nicht nur die Möglichkeit unbefristeter Forderungen nach Sachleistungen im Rahmen unserer Verpflichtungen gegeben, sondern auch die Verwendung dieser Waren den Empfängern völlig freigestellt, so daß sie den deutschen Waren auf dem Weltmarkt Konkurrenz machen könnten. Das Wiesbadener Abkommen beschränkt die Sachleistungen in der Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 1. Mai 1926 auf 7 Milliarden Goldmark, und den Kreis der möglichen Waren auf Einrichtungen und Betriebsgegenstände und Baustoffe. Die französische Regierung verpflichtet sich, die Lieferungen nur zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu verwenden. Außerdem soll bei der Lieferung auf Deutschlands Produktionsmöglichkeiten und die Bedingungen seiner Rohstoffversorgung Rücksicht genommen werden, während der Friedensvertrag ungenau nur die Aufrechterhaltung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens vorsah. Der Friedensvertrag überläßt der Reparationskommission die Preisfestsetzung, das Wiesbadener Abkommen schreibt eine Errechnung der Preise nach einem bestimmten Index vor, doch dürfen sie nicht niedriger sein, als im höchsten 5. vom Hundert des deutschen Inlandspreises. Die Entschä-

dung in Zweifelsfällen liegt bei einer Kommission, der ein Deutscher, ein Franzose und ein gemeinsam gewählter oder vom Bundespräsidenten der Schweiz ernannter Dritter angehört.

Besondere Bedeutung haben die Nebenabkommen der Wiesbadener Verhandlungen. Sie handeln von dem zu liefernden Industriematerial, rollenden Eisenbahnmateriale, Tieren und Kohlen. Die Abkommen haben die Bedeutung, daß die völlig unerlösten Forderungen aus Artikel 238 des Friedensvertrages wenigstens Frankreich gegenüber beschränkt werden und die Suche in Deutschland nach aus den Ententeländern weggeführtem Material usw. aufhört.

Nach dem Wiesbadener Abkommen entbitt die Rücklieferung von Industriematerial mit dem 6. Dezember d. Js. An die Stelle der Lieferungen aus Artikel 238 des Friedensvertrages tritt als Ersatz in den auf die Unterzeichnung folgenden 8 Monaten eine Lieferung von 120 000 Tonnen Industriematerial, womit der Artikel 238 als erfüllt gilt.

Nach hinsichtlich der Rücklieferung der Eisenbahnwaggons bringt das Wiesbadener Abkommen wesentliche Erleichterungen. Nach dem Friedensvertrage wären an Frankreich noch zu liefern gewesen etwa 15 000 Waggons und 80 Lokomotiven. Nach dem Wiesbadener Abkommen sind noch zu liefern 6200 französische (gebrauchte) Waggons und 4500 neue Waggons, die in Deutschland gebaut werden sollen. Also ein Unterschied von über 4000 Waggons.

Noch erheblichere Abstriche von den französischen Forderungen weist das Abkommen über die zu liefernden Tiere auf: Auf Grund der Listen waren noch zu liefern gewesen: 80 000 Pferde, 530 000 Kühe, 245 000 Schafe. Außerdem hätte Frankreich als Restitution noch 111 000 Pferde für die aus Frankreich fortgeführten Tiere fordern können. Kommissionen hatten schon mit der Feststellung der französischen Tiere im besetzten Gebiet begonnen. Es war außerdem beabsichtigt, sämtliches Vieh zusammenzutreiben und die französischen Tiere herauszufinden. Diese ganze, das Wirtschaftsleben beunruhigende Tätigkeit französischer Kommissionen hat mit dem Wiesbadener Abkommen aufgehört. Die Forderungen auf Restitution werden durch folgende Lieferungen ersetzt: 75 000 Pferde, 25 000 Kühe, 25 000 Schafe.

Das Abkommen über die Kohlenlieferung hat folgende Bedeutung: Im Gegensatz zu früher kann Deutschland jetzt jede Menge Kohlen ausführen, wenn es die Reparationen erfüllt. Deutschland kann ferner bei der etwaigen Ausführung der von der französischen Regierung gemäß Artikel 239 des Friedensvertrages aufrecht erhaltenen Vorkriegsverträge eine Höchstmenge von 150 000 Tonnen monatlich auf die Frankreich in den Programmen der Reparationskommission zugeteilten Mengen anrechnen. Außerdem tritt eine Befreiung von gewissen Sortenbestimmungen ein. Auch in diesem Abkommen findet sich die Bestimmung, daß die gelieferte Kohle nur für den eigenen Bedarf verwendet werden darf.

Ein Vergleich der einzelnen Nebenabkommen ergibt daher, daß sie gegenüber dem Vertrage von Versailles Erleichterungen für Deutschland bedeuten. Die Gegenleistung an Frankreich ist die Stundung der Anrechnung für Sachlieferungen.

Um die Deutschen Werke.

Deutsche Arbeitervertreter bei General Rollet.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsrates und des Ababundes haben eine gemeinsame Abordnung zu dem Vorsitzenden der Interalliierten Kontrollkommission, General Rollet, entsandt, um im Namen von 13 Millionen organisierter Arbeiter Vorstellungen wegen des Vorgehens der Entente gegen die Deutschen Werke zu erheben. Die Kommission legte in einer zweifelhafte Unterhaltung dem General die Auffassung der deutschen Arbeiter dar, während dieser die Gründe für das Vorgehen der Interalliierten Kommission erläuterte. Es steht zu erwarten, daß diese Rücksprache nicht ohne Einfluß auf das Schicksal der Deutschen Werke sein wird.

Die Kommission wurde ferner vom englischen und italienischen Vorkämpfer sowie vom amerikanischen Geschäftsträger empfangen.

Außerdem haben sich mehrere Herren der Leitung der Deutschen Werke nach Paris begeben, um durch den deutschen Botschafter bei den interalliierten französischen Stellen und auch beim Botschafter nochmals wegen der andgedrohten Rahmlegung der Werke in Erfurt und Spandau vorstellig zu werden.

Protest der gesamten Betriebsräte.

Die am 18. November in Berlin versammelten Betriebsräte aller zu der „Deutsche Werke A.-G.“ gehörenden Betriebe haben in einer einstimmig angenommenen Entschließung entschieden Protest erhoben gegen die Forderungen, die die Interalliierte Militärkontrollkommission neuerdings an die Deutsche Werke A.-G. gestellt hat. In der Entschließung wird die Auffassung oder Befürchtung, in den Betrieben der Deutschen Werke A.-G. könne in kürzester Zeit

wieder Kriegsgerät hergestellt werden, als völlig unbegründet bezeichnet, da weder die noch vorhandenen technischen Einrichtungen dazu verwendet werden können, noch die Arbeiterschaft gewillt ist, Kriegsgerät herzustellen. Weiter heißt es in der Entschließung:

„Bereits im Dezember 1918 haben die Arbeiter der ehemaligen Heeres- und Rüstungsbetriebe auf einem Kongress der Rüstungsarbeiter beschlossen, jedwede Fabrikation zu Kriegs- und Rüstungszwecken einzustellen. Die Betriebsräte der Deutschen Werke werden etwaige Versuche, die Betriebe für Kriegs- und Rüstungszwecke wieder aufzubauen zu machen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern wissen. Mit derselben Entschiedenheit werden sie sich gegen alle Bestrebungen, welche dazu ansetzen, die nun auf Friedensarbeit eingestellten Betriebe lahm zu legen.“

Die Betriebsräte erklären sich mit allen bisher unternommenen Abwehrmaßnahmen ausdrücklich einverstanden. Sie beauftragen die Gewerkschaften, auch ihrerseits weiter alles zu tun, um die der deutschen Volkswirtschaft drohenden Gefahren abzumildern und insbesondere die ausländischen Bruderorganisationen gegen die geplanten Verschönerungsmaßnahmen zu Protektionen aufzurufen. Die Betriebsräte erwarten bestimmt von General Rollet wie von dem Botschafter, daß die restlose Aufhebung der bisher getroffenen Bestimmungen.

Die Arbeiterkonferenz in Genf hat beschlossen, eine besondere Kommission nach Deutschland zu entsenden, die sämtliche Betriebe der Deutschen Werke in Augenschein nehmen werde.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 21. November 1921.

Der Reichstag hat den Gesetzentwurf über die Notmaßnahmen zur Unterstützung der Invalidenrentenempfänger in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Der braunschweigische Landtag hat den Mißtrauensantrag der Bürgerlichen mit 28 Stimmen der Linken gegen 27 der Demokraten und des Landeshauptmannes abgelehnt.

161,6 Milliarden Defizit im Reichshaushalt.

Im Reichstag teilte Ministerialdirektor Sachs mit, daß der dritte Nachtragsetat für 1921 im ganzen 112,2 Milliarden für Reparationszinsen in Rechnung stelle. Er zählte weitere notwendige Ausgaben auf und berechnete für das Jahr 1921 einen Fehlbetrag von 161,6 Milliarden. Dagegen seien die Einnahmen aus den neuen Steuern auf nur 42 Milliarden zu veranschlagen. Der Redner forderte dringend zur Sparsamkeit in den Ämtern und in den Betriebsverwaltungen auf. Im Etat für 1922 seien durchgreifende Einschränkungen notwendig. Größte Rücksichtslosigkeit sei notwendig. Auch die Verbilligungszuschüsse des Reiches müßten abgebaut werden. Darauf wurde der Nachtragsetat angenommen. Abgelehnt wurde ein Gesetz zur Kürzung der Pensionen von Beamten, die sich privat betätigten, da die Pension ein unverfüßbarer Rechtsanspruch sei. Das Gesetz, das die Lohnpfändungsgrenze auf 8000 Mark heraufsetzt, wurde angenommen.



Bundesrat Dr. Calonder,
Vorsitzender der deutsch-polnischen
Verhandlungen in Genf.

Ein gefährliches Feuer. Nach einer Meldung aus Mainz brach im Betrieb der Kofheimer Cellulose- und Papierfabrik Aktiengesellschaft in dem Vorort Kofheim Feuer aus, das über zwei Stunden anhielt und dem mit großen Mengen Holzcellulose angefüllte Werkstätten zum Opfer fielen. Ein weiteres Umsichgreifen des Brandes wurde durch die Feuerwehren verhindert. Auch die französische Besatzung leistete Hilfe.

Eine Stiftung Hauptmanns. Gerhart Hauptmann hat aus dem Ertragnis seiner Vorlesungen in Wien 150 000 Kronen für die Wohlfahrtsvereinigungen der Universität und 50 000 Kronen für den Verein Kinderpflege bestimmt.

Kleine Nachrichten.

* Am Freitag ist das letzte der 14 vermögenden Opfer der Dampferkatastrophe aus dem Wannsee geborgen worden.

* Einem Schweinsfurter Fabrikarbeiter wurde eine Briefmarkensammlung im Werte von 100 000 Mark gestohlen.

Die Abreise der Reparationskommission. Die Abreise der Reparationskommission steht unmittelbar bevor. Als Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Finanzpolitikern der Entente und der Reichsregierung ist festzustellen, daß die Entente auf die ordnungsmäßige Erfüllung der Reparationsraten am 15. Januar bzw. 15. Februar bestehen. Die Reparationskommission ist der Ansicht, daß die deutsche Regierung in der Lage ist, die dazu nötigen Beträge von der deutschen Industrie zu erlangen.

Das Programm des Reichsjustizministers. Professor Dr. Radbruch, der neue sozialistische Reichsjustizminister, hat in einer Unterredung mit einem Parteifreunde die Gesichtspunkte entwickelt, unter denen er an neue gesetzgeberische Aufgaben heranzugehen gedenkt. Der Minister hat an neuen Gesetzen zunächst das sogenannte Gesetz zum Schutz der Republik vor. Einen sehr breiten Raum in der Tätigkeit des neuen Ministers soll die große Begnadigungsaktion einnehmen, die sich auf die von den Sondergerichten gefällten Urteile erstreckt. Sämtliche auf Zuchthaus lautende Urteile der Sondergerichte werden nachgeprüft, auch ohne daß ein besonderes Gnadengesuch vorliegt. Ferner alle anderen Urteile, soweit Gnadengesuche eingereicht sind. Grundsätzlich werden alle Personen begnadigt, die als „Mitläufer“ des Aufstandes anzusehen sind. Die Prüfung soll periodisch wiederholt werden, erstmalig am 1. April 1923.

Die Kredithilfe der Industrie scheint jetzt gesichert zu sein, nachdem neuerdings eine Kommissionsfassung des Reichsverbandes der deutschen Industrie stattgefunden hat, der auch bevollmächtigte Vertreter der Banken beizutreten. Es verlautet darüber, daß nach teilweise ziemlich lebhaften Verhandlungen beschlossen wurde, ein sowohl von den Vertretern der Industrie als auch von der Bankwelt unterzeichnetes Schreiben an den Reichsfiskus zu richten. Dieses Schreiben, in dem sich die Industrievertreter im wesentlichen wieder zu dem ursprünglichen Münchener Beschluß des Reichsverbandes der deutschen Industrie zurückfinden, wird von den beteiligten Kreisen als eine geeignete Grundlage zur Weiterführung der Kreditation und für Verhandlungen wegen Aufnahme eines internationalen Kredits betrachtet. Der Großindustrielle Hugo Stinnes hat sich nach London begeben, um dort mit Mitgliedern des englischen Kabinetts und der Finanzwelt über die Weltwirtschaftspolitik Rücksprache zu nehmen. Voraussichtlich wird Stinnes auch mit Lloyd George wichtige Unterredungen haben, die sich in der Hauptsache um Deutschlands Wirtschaftslage und um unsere Reparationsleistungen drehen dürften.

Für Frage der Arbeitslosenversicherung. Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist dort der Referententwurf des Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung mit den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingehend beraten worden. Die Beratung ergab eine weitgehende Übereinstimmung der Verbände mit den Grundlinien des Entwurfs, der übrigens bereits auch die grundsätzliche Zustimmung der Länder und des Deutschen Städtetages gefunden hat. Es kann angenommen werden, daß die Reichsregierung nunmehr in der Lage sein wird, in naher Zeit den amtlichen Entwurf des Gesetzes aufzustellen und an den Reichswirtschaftsrat und den Reichsrat gelangen zu lassen.

Liebe erweckt Liebe.

Original-Roman von H. Courths-Walder.

„See, See! Warum mußte die Armut uns trennen? Warum durste ich dich nicht zu einem sorgenlosen Leben an meine Seite fesseln? See — ich liebe dich nur dich — dich allein.“ Küßte er vor sich hin. Und seine brennenden Augen saßen sehnsüchtig in die Ferne.

Nun er das Geld besaß, schien es ihm wertlos. Nun hatte die Liebe, die er verraten und aufgegeben hatte, wieder größeren Wert für ihn.

14. Kapitel.

See hatte ihrem Mann nur kurz erzählt, daß Ellen Forts sie besucht habe. Ritter merkte sehr wohl, daß seine Frau eigentümlich ernst gestimmt war, und daß diese Stimmung entschieden mit Ellen Forts Besuch zusammenhing. Aber er schwieg darüber.

Einige Tage hatte See mit der Erwiderung des Besuchs gezögert. Aber dann sagte sie sich, daß sie Ellen nicht länger warten lassen dürfe, und entschloß sich, zu ihr zu gehen.

Mit Bedacht wählte sie die früheste Besuchszeit, in der Hoffnung, Forts werde da noch dienstlich abwesend sein. Sie wollte ein Zusammentreffen mit ihm gern vermeiden.

Tagtäglich fußte betrat sie die Wohnung des jungen Paares; erst, als sie hörte, daß nur die gnädige Frau zu Hause sei, wurde ihr leichter zumute.

Der Diener hatte sie gemeldet und ließ sie eintreten. Ellen lag auf dem Divan und sah ihr erfreut entgegen.

„Ach, wie gut von dir. Komm, See, setze dich zu mir und erzähle, daß ich nicht aufstehe, aber du weißt, ich darf nicht.“

See streichelte lächelnd die zarte, durchsichtige Hand. „Brauchst du nicht zu entschuldigen, Ellen. Wie geht es dir heute?“

„Ach, immer gleich, ein wenig matt und müde, aber sonst befriedigend. Das ruhige Liegen bekommt mir wirklich gut, aber es ist gräßlich langweilig. Ich bin froh, daß du gekommen bist, mein Mann ist ja schändlich viel vom Dienst in Anspruch genommen. Mama ist zwar einen großen Teil des Tages bei mir, aber sie ist so ängstlich, ich darf kaum ein Wort sprechen.“

„Wahrlich, weil dir völlige Ruhe nötig ist. Und deshalb werde ich auch heute nicht leiden, daß du viel sprichst. Ich will dir lieber etwas vorplaudern.“

„Ach, gute See, laß mich nur ein wenig schwachen. Das ist mir Bedürfnis. Du weißt, ich hieß schon in der Pension Fräulein Plaudertische. Schweigsam sein, ist mir eine Strafe.“

So plauderten sie eine Weile, bis Frau Kommerzienrat Voltmer kam.

Sie begrüßte See sehr herzlich, aber der sorgenvolle Ausdruck ihres Gesichtes verriet See zur Genüge, daß sie mit ihren Gedanken nur bei Ellen war.

Soziales.

Reichsausführungsbehörde für Unfallversicherung. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, ist die Errichtung einer Reichsausführungsbehörde für Unfallversicherung beabsichtigt. Eine entsprechende Gesetzesvorlage wird nächstens dem Reichstage zugehen.

Neue Richtlinien für die Erwerbslosen-Unterstützung. Der Reichsarbeitsminister hat neuen Richtlinien für die Erwerbslosenfürsorge ausgegeben. Für eine große Zahl von Berufen liegt der Arbeitsmarkt zurzeit so günstig, daß eine Beschränkung der Unterstützungsdauer auf 13 Wochen berechtigt erscheint. Auch bei den übrigen Berufen erscheint eine Unterstützungsdauer von 26 Wochen ausreichend. Erwerbslose aus Berufsgruppen mit ungünstiger Beschäftigungslage sollen umgestellt und umgeschult werden. Notstandsarbeiten dürfen nur in solchen Bezirken begonnen werden, in denen die Zahl unterstützter Erwerbsloser drei vom Tausend und mehr beträgt. Im allgemeinen sollen die Notstandsarbeiten eingeschränkt werden. Die produktive Erwerbslosenfürsorge ist mehr als bisher in den Vordergrund zu rücken. Insbesondere sind Verbesserungen des landwirtschaftlichen Bodens, Verkehrsbauteilen und die Errichtung von Kulturgärten um die Städte in Angriff zu nehmen, und zwar in weitestem Umfang, zur Abwehr der kommenden Erwerbslosigkeit.

Preussischer Landtag.

Berlin, den 18. November.

In Beantwortung kleiner Anfragen teilt die Regierung u. a. mit, daß der Straßenhandel, soweit Gesetze und Polizeiverordnungen eine Handhabung bieten, befähigt werden soll; ein zu radikales Vorgehen würde aber unerwünschte Folgen haben.

Zu der Frage der Bestellung von Eisenbahnwagen für den Kartoffelverkehr wird erklärt, daß der Reichsministerium habe am 12. Oktober angeordnet, daß der Kartoffelverkehr allen anderen Gütern vorgezogen habe.

Hierauf setzt das Haus die Aussprache fort über die Kartoffelversorgung.

Abg. Zimberg (Soz.): Die Landwirte sind noch immer nicht von ihrer Hungerpolitik abgegangen. Man hätte die Vorschläge der Preisprüfungsstellen für Nichtpreise beachten sollen.

Abg. Gronowski (Str.): Die Attade des Abg. Schlange gegen meine Partei zwingt uns zur Abwehr. Schlange hat gegen einen Schlangentanz aufgeführt. Die Deutschnationalen haben mit der Kartoffelnot sogar Agitation getrieben, indem sie Kartoffeln für nur 25 Mark pro Zentner an Mitglieder der Partei abgegeben haben.

Abg. Kausner (U.Soz.): Die Deutschnationalen machen ihre Leute geradezu auf die Gasse zum Wucher aufmerkamen. Die Bauern haben sich in keiner Weise dem Vortage zur Verfügung gestellt.

Abg. Held (D. Vp.): Das Steigen der Kartoffelpreise steht in keinem Verhältnis zu dem der Futtermittelpreise. Die Anordnungen des Staatskommissars für die Volksernährung erregen in mancher Hinsicht Bedenken.

Abg. Niebel (Dem.): Der Kartoffelstreik werden wir nicht Herr, wenn wir daraus eine politische Debatte machen. Wir sollten praktische Arbeit leisten und den Etat verabschieden.

Abg. Jacobi-Raffauf (Str.) beantragt, die Eisenbahntarife für die Beförderung von Speisekartoffeln herabzusetzen.

Abg. Schlange (Dnt.): Ein Kartoffelpreis von 50 Mark ist in manchen Gegenden nicht zu hoch, in anderen wieder ist ein Preis von 80 Mark kaum annehmbar. Die Hauptfrage

Ellen scherte übermäßig über die Sorge der Mutter und rief See als Beistand an, weil man sie vor lauter Besorgnis unglaublich tyrannisierte.

See ging auf den schwerfälligen Ton ein, gab aber der Mutter recht und verwies Ellen lächelnd allerlei fähne Ausflugsbeben. „Es hilft dir jetzt alles nichts, Ellen, du mußt dich in deine Klaisur fügen“, sagte sie. „Aber dann versich mir wenigstens, recht oft zu mir zu kommen.“

„Also gut, so oft ich kann“, antwortete See, weil Ellens Mutter ihr ein bittendes Zeichen machte.

See verabschiedete sich dann, immer in Furcht, daß Forts nach Hause kommen könnte. Frau Kommerzienrat Voltmer erhob sich ebenfalls.

„Ich begleite Sie, liebe Frau Ritter.“

„O, willst du auch schon fort, Mama?“

„Ja, Kind, ich komme am Nachmittag wieder, wenn Harry Dienst hat. Jetzt muß er ja jeden Augenblick nach Hause kommen.“

Als See das hörte, drängte sie unter einem Vorwand eilig zum Aufbruch. Aber sie sollte ihrem Schicksal nicht entgehen. Noch ehe sie das Zimmer verlassen konnte, trat Harry Forts hastig ein. Er hatte draußen von dem Diener gehört, daß Frau Ritter bei seiner Frau sei. Ohne abzulegen, eilte er in das Zimmer und stand nun mit blasser Gesicht vor See, die dieser Begegnung nicht mehr ausweichen konnte.

Sie fand aber sofort einen ruhigen, konventionellen Ton, erwiderte formell seine häßliche, nervöse Begrüßung und wechselte einige höfliche Redensarten mit ihm. Aber sie wich dabei seinen Blicken aus, die sich brennend und stehend in die ihren senkten wollten. Er vermochte sich kaum zu beherrschen bei ihrem Anblick.

Sie schien ihm schöner und begehrenswerter als je, und es quälte ihn unsagbar, daß ihre Augen so kühl und unbewegt an ihm vorbeisahen.

Gleich darauf entfernte sich See mit Ellens Mutter.

Auf der Treppe blieb die alte Dame mit einem schweren, tiefen Seufzer neben See stehen.

„Ach, liebe Frau Ritter, wenn Sie wüßten, wie mir zumute ist. Wir alle sind in furchtbarer Sorge um Ellen, mein Mann und mein Schwiegersohn ebenfalls — aber am meisten leidet doch ein Mutterherz.“

„Nehmen Sie Ellens Zustand nicht ein wenig zu ernst, liebe, gnädige Frau? Das müssen doch fast alle jungen Frauen durchmachen“, sagte See tröstend und teilnahmsvoll, obwohl sie selbst um Ellen sehr in Sorge war.

Die alte Dame seufzte tief auf, legte ihre Hand auf Sees Arm und sah sich ängstlich um.

„Leider Gottes ist Ellens Zustand gar nicht ernst genug zu nehmen“, sagte sie und berichtete See leise, was der Arzt gesagt hatte.

See erschrak.

„O, dann allerdings — dann begreife ich Ihre Sorge.“

Aber hoffentlich geht alles gut.“

Die arme Mutter wischte sich häftig die Augen.

ist, daß die Produktion gestärkt wird. Besonders die kleinen Betriebe müssen effizient und produktionsfähig bleiben. Angenommen werden die Anträge Winkler (Dnt.) auf rechtzeitige Einführung von Mais und anderen Futtermitteln zwecks Freimachung der Kartoffel ausschließlich für den menschlichen Bedarf sowie der Antrag, nur den angekauften Kartoffelhändlern den Ankauf von Kartoffeln zu gestatten, ferner eine genaue Kontrolle der Bahnversendung einzuführen und den Kettenhandel scharf zu bestrafen, für kleinere Wagnisse zu sorgen. Ferner wird angenommen der Antrag auf Herabsetzung der Eisenbahntarife für Speisekartoffeln und der Antrag der Deutschen Volkspartei, der eine Reihe von Maßnahmen zur Abwendung der Kartoffelnot vorsieht, darunter planmäßige Ausfuhrung der Bevölkerung, strenge Grenzkontrolle, rücksichtslose Anwendung der Wucherbestimmungen, Umstellung an die Hörsenformuläre, auf die Entlohnung der Preise an den Kartoffelbörsen ihr besonderes Augenmerk zu richten.

Das Haus tritt darauf in die zweite Beratung des Haushalts der Selbstverwaltung ein.

Landwirtschaftsminister Dr. Wendt: Das Ziel meiner Amtsführung sehe ich nur darin, die Stärkung der preussischen Landwirtschaft, die Steigerung ihrer Erzeugung mit allen Mitteln im Rahmen der Gemeinwirtschaft zu fördern. (Beifall.) Besonders heute ist diese Förderung außerordentlich wichtig. Je mehr die wirtschaftlichen Verhältnisse sich bessern, je weiter der Ernährungsertrag des Landes fortschreitet — er hat ja leider noch nicht sein Ende erreicht — umso schwerer, ja vielleicht unmöglich wird es sein, Nahrungs- und Futtermittel aus dem Ausland herbeizuholen, weil wir sie nicht mehr bezahlen können. Umso notwendiger ist die Stärkung der heimischen Landwirtschaft, um auf eigenem Boden das zu erzeugen, was erforderlich ist für die Ernährung der Bevölkerung. Ein besonders wichtiger Teil der Landwirtschaft ist die Hauswirtschaft der Selbstverwaltung, der uns heute beschäftigt. Ohne Eile auf die Kosten muß er gefördert werden.

Nach einer kurzen Debatte verläßt sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Berlin, den 18. November.

Auf der Tagesordnung stehen 26 kleine Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Semmler (Dnt.) wird mitgeteilt, daß die Verwaltung der Kleinereisenbahnen, die die Wahlen der Reichsgerechtsame sind angewiesen, kleine aus Umlagegetriebe zu freien zurückzuführen, die den Preisen des Umlagegetriebe angepasst sind.

Die Beschaffung einer Zeitung, wonach in England über große Einfuhr von deutschen Kartoffeln Bescheid gefügt worden ist, wird von der Regierung als tendenziöse Meldung zurückgewiesen. Bei der scharfen Ausfuhrkontrolle ist eine Einfuhr so gut wie ausgeschlossen.

Auf eine Anfrage Herr (U.Soz.) wird erwidert, daß die hohe Preissteigerung bei Margarine sich aus der Verteuerung der ausländischen Rohstoffe erklärt. Die Preise werden nachgeprüft.

Auf Anfragen der Abg. Sänke-Häufigen (Dnt.) und Deutscher (D. Vp.) wegen der Aufhebung des Bußgeldes in Zählungen wird festgestellt, daß den Ländern diese Befugnis im Rahmen der Verfassung zusteht.

Das Gesetz über die Weltpostvereinsverträge, das die Rechtsverhältnisse in Bezug auf den internationalen Verkehr regelt, wird nach Befürwortung durch einen Vertreter der Postministerien in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über

Notstandsmaßnahmen für Invalidenrentner.

Reichsarbeitsminister Bruns legt die Notwendigkeit einer Erhöhung der Bezüge der Invalidenrentner dar: Eine Erhöhung der Bezüge ist aber nicht möglich. Das Reich ist bereit, den größten Teil der Kosten auf sich zu nehmen. Die Gemeinden müssen aber an den Kosten beteiligt werden.

„Ach, mein Gott, wir hätten Ellen gar nicht betreten lassen dürfen. Aber sie wäre uns auch hingefallen, wenn wir sie verhindert hätten, mit ihrem Mann glücklich zu sein. So hat sie doch wenigstens einige Monate ein ungetrübtes Glück genossen. Und vielleicht hilft der liebe Gott. Wenn Ellen sich nur um Gotteswillen ruhig verhält. Nicht wahr, meine liebe Frau Ritter, Sie besuchen meine Tochter recht oft. Wir haben unsere Not, sie im Hause zu halten.“

See versprach es.

Sehr ernst und bedrückt kam sie nach Hause.

Sie sagte ihrem Mann, daß sie bei Ellen Forts gewesen, und daß diese sehr leidend sei. Sie sagte ihm auch, daß Ellen und ihre Mutter sie sehr dringend gebeten hätten, die junge Frau oft zu besuchen.

Er sah sie scharf und forschend an. Sie erschien ihm so ernst und blaß, wie er sie lange nicht gesehen hatte.

Er schrieb das der Begegnung mit Forts zu, von der ihm See berichtet hatte.

„Es wird dir nicht sehr lieb sein, dies Versprechen erfüllen zu müssen“, sagte er nach einer Weile.

„Nein, allerdings nicht. Aber ich muß doch zuwilen hingehen.“

„Und bist dann natürlich Begegnungen ausgelegt, die dich beunruhigen“, bemerkte er ernst.

Sie strich sich das Haar aus der Stirn und sah vor sich hin.

„Die mir jedenfalls unangenehm sind, und die ich vermeiden möchte“, sagte sie leise.

Er sah sie unruhig an und dachte:

„Sie hat noch nicht verwunden — ehe sie diesem Mann nicht ruhig und kalt begegnen kann, darf ich mir nichts hoffen.“

See aber war im Herzen längst fertig mit Forts. Was sie bei diesen Begegnungen quälte, war nur der Gedanke an die arme Ellen. Denn sie hatte in Forts Augen deutlich den heißen begehrenden Blick gesehen. Dieser Blick belästigte sie geradezu. Aber vor allem Dingen sagte er ihr, wie wenig die arme Ellen ihrem Mann gelten würde, weil er selbst jetzt, da sie so leidend war, nicht alles andere über ihren besorgnißvollen Zustand vergaß.

Sie fürchtete, daß Forts ihr bei Gelegenheit doch noch einmal so entgegenzutreten könne, wie an ihrem Hochzeitsstage.

Warum er jetzt, nachdem er sie so schmählich verraten und aufgegeben hatte, sie noch mit heißen, brennenden Blicken betrachtete, konnte sie nicht verstehen. Daß er sie nicht wahrhaft geliebt haben konnte, hatte ihr sein Verhalten zur Genüge gezeigt. Was also wollte er noch von ihr?

Sie konnte sich nicht denken, daß eine brennende Leidenschaft für sie aus den erlöschenden Funken seiner Zuneigung aufgeflammt sei, nachdem sie sich einem anderen Manne zu eigen gegeben hatte. Die Eifersucht hatte alles wieder zum Glücken gebracht, was er einst für sie empfunden hatte, und die Eifersucht war es, die ihn entzündete immer wieder aufstehen ließ.

Statt Karten!

Josef Zarth
Luise Zarth
geb. Rohden

Vermählte

Münster Winterberg
22. November 1921.

200 Mark Belohnung
zahle ich demjenigen, der mir über den Verbleib meines Fahrrades, welches am Sonntag Abend den 13. dss. Mts. vom Hausflur gestohlen wurde, Auskunft oder den Täter angeben kann.

Alex Schäfer, Hotel Wietshaus.

Ländl. Wohnhaus
mit Stallung und 2-einviertel Morgen Land in Ottenhausen zum 1. März nächsten Jahres zu **verpachten** oder zu verkaufen. Näheres bei Anton Niehörster in Witten (Ruhr), Hauptstrasse Nr. 65 I.

Gras-Verpachtung!
Am Mittwoch, den 23. November cr. Vormittags 10 Uhr verpachte ich in der Gastwirtschaft R. Bücher in Steinheim die **Grasnutzung** an den Böschungen und Gräben der Provinzialstraße meistbietend auf 3 Jahre.

Lämmerhirt, Provinzial-Oberstraßenmeister.

Sozialdemokratische Partei
(Drüsgruppe Steinheim.)
Am Donnerstag, den 24. November Abends um 8.30 Uhr findet im Lokale des Herrn Gastwirts F. Hillebrand eine **Mitglieder-Versammlung** statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Um zahlreiches Erscheinen bittet:
Der Vorstand.

Bekanntmachung!
Unter dem Schweinebestande des Gutspächers B. Wiedeking in Vinkebeck ist die Schweinepest ausgebrochen. Steinheim, den 21. November 1921.
Die Polizeiverwaltung: J. B. Krinke.

Lichtspiel
im Hotel zur Krone.
Sonntag, den 27. November:



Der Mann ohne Namen

Empfehle:

Sprengel-Schokolade

Fondant	125 Gramm	6.75 Mk.
Mild	100 "	5.50 "
Herb	100 "	5.75 "
Vanille	100 "	5.00 "
Sprengel-Plätzchen,	1/4 Pfd.	7.00 "
ff. Pralinen,	1/4 Pfd.	5.50, 6.50, 7.50.
ff. Kant-Pralinen, Cart.	1/2 Pfd.	12.50.

Sans Wallbaum, Steinheim.
Marktplatz Nr. 2

„Wie kann die Not des deutschen Volkes behoben werden?“
Ueber dieses Thema spricht am Sonntag, den 4. Dezember cr. (Nachmittags) der Reichstagsabgeordnete R. Schreyer, Bielefeld. Näheres im Anzeigenteil der nächsten Zeitungen.
Der Vorstand der S. P. D. (Drüsgruppe Steinheim.)

Vor einigen Tagen ein **Geldtäschchen** mit Inhalt in der Bahnhofsallee gefunden. Der Eigentümer kann dasselbe gegen Erstattung der Unkosten bei Dr. Kaff in Empfang nehmen.

Suverlässig Person
für Versand im eigenen Hause bei gutem Verdienst gesucht. Einige 100 Mark erforderlich.
B. Landscheid, Selterskirchen.

Gebrauchter **Kinderwagen** zu kaufen gesucht. Von wem, laut die Geschäftsstelle.

Wing-Löwen
Rödel
Technische und kaufmännische Ausbildung
Damenbildung in der Näh.

In Steinheim bei:
Hermann Eichler.



Der Raucher
erfrisch seine Zunge am besten durch Weyher-Tabak. Sie schmecken vorzüglich und schützen zugleich vor Erkältung und deren Folgen.

In allen Apotheken und Drogerien

Weyher-Tabak
TABLETTEN

Das vergewaltigte Saargebiet.
Die deutsche Regierung hat den Mitgliedern des Reichstages ein Weißbuch überreicht, das die Leidensgeschichte und den Kreuzweg des Saargebietes unter den Verweltschungsbestrebungen der französischen Politik darlegt. Frankreich will das Saargebiet sich „angliedern“ und schenkt vor keinem Mittel zurück. Für diese Politik existieren nicht Vertrag und Recht, nicht der Wille des Volkes, nicht Gerechtigkeit oder Verstand des Landes. Gewalt ist die Lösung, und Frankreich geht über Leichen, wenn es sein muß, wie die militärische Niederzwingung des Generalstreiks im August 1920 zeigt.

Der Punkt 3 der Instruktion des Völkerrundes für die Regierungskommission des Saargebietes verlangt: „Die Regierungskommission hat keine anderen Aufgaben und Interessen als das Wohlergehen der Bevölkerung.“ Daß Gott erbarm! Die Kommission arbeitet in Wirklichkeit nur für die Interessen Frankreichs, nach den Gesichtspunkten der oben angeführten französischen Note. Wer sind die Männer dieser Kommission? Vorstehender ist der französische Staatsrat Rauff. Daß das belgische Mitglied, Major Lambert, seinen Plänen keinen Widerstand entgegensetzt, ist begreiflich. Von dem Kanadier Wangh sieht und hört man nichts. Der Däne, Graf Moltke-Huitfeldt, lebte schon vor dem Kriege ständig in Paris und auch während des Krieges. Das besagt genug. Die deutsche Gefinnung der Bevölkerung aber läßt sich nicht mit Gewalt französisch machen. Das mußte Frankreich bald erkennen zu seinem Aerger. Darum ließ es alle Rücksichten fallen. Hunderte von deutschen Führern, die im Wege standen, wurden ausgewiesen. Und man begann, das Saargebiet wirtschaftlich nach Frankreich umzuformen. Das Hauptmittel ist die Einführung der Frankenlösung in Bergbau und Industrie. Der Kampf der Bevölkerung dagegen dauert noch. Was kümmerts Frankreich, daß das Saargebiet



Henko
Henkel's Wasch-Blisch-Soda
ausgeschieden für Wäsche und Hausarbeit
Hersteller: Henkel & Co., Düsseldorf

Flechten
„Ich war am ganzen Leibe mit Flechten befallen.“
mit durch das ewige Niesen Tag und Nacht peinigen. In 14 Tagen hat Henko's Patent-Medikament das Übel beseitigt. Diese Creme ist wunderbar wert. (Serg. M. 200) Zucker-Creme (nicht festschmelzend) in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

1 Grammophon
mit einigen Platten preiswert zu verkaufen. Von wem? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Elektro-Motoren Reparaturen.
Neu- und Umwickelungen.
W. Noll, Maschinenfabrik
Minden i. Westf.



- das sparen Sie
wenn Sie zum Waschen das in allen Gauen Deutschlands beliebte und altbewährte selbsttätige Waschmittel

PERSIL
gebrauchen.

Es spart Geld, weil
es keinen weiteren Zusatz von Seife, Seifenpulver usw. erfordert, daher das Waschen vereinfacht und die Wäsche schon!

Es spart Kohle, weil
nur einmaliges vierstündiges Kochen nach vorherigem Einsetzen in Persilbeuge nötig!

Es spart Zeit, weil
es gleichzeitig wäscht und bleicht, Rasenbleiche ersetzt und die Waschkauer verkürzt!

Es spart Arbeit, weil
es ganz von selbst wäscht, völlig mühelos, ohne Waschrührer, ohne Reiben und Bürsten!

Persil ist ohne jede Schärfe, enthält keine schädlichen Bestandteile, greift das Gewebe nicht an und gibt eine schöne fette Lauge, löst Staub und Schmutz völlig, entfernt die hartnäckigsten Flecken und macht die schmutzigste Wäsche blendendweiß, frisch und duftend, wie auf dem Rasen gebleicht.

In Friedensqualität wieder überall erhältlich.
Nur in Original-Packung, niemals lose!

Der beste Lehrmeister ist ein Versuch!

Alleinige Hersteller: **Henkel & Cie. Düsseldorf** auch der altbekannte „HENKO“-Hersteller: Henkel's Wasch- und Blisch-Soda

durch diese Frankenpolitik dem Ruin entgegensteht. Ein zweites Mittel ist die Verordnung der Saargebietes über die „Eigenschaft Saareinwohner“, um den zahlreich zugewanderten Franzosen ein Mitbestimmungsrecht in den örtlichen Vertretungen zu schaffen. Der Zweck ist, französisch beeinflusste Gemeindevorgänge zu erreichen, ihnen vielleicht auch das Abstimmungsrecht zu verschaffen.

Heute ist es so weit, daß sich Frankreich ganz offen in die Geschäfte der Saargebietes einmischt. Minister Loucheur reiste nach dem Saargebiet wie nach einer französischen Provinz und sprach die Erwartung aus, daß Rauff wissen und tue, „was Frankreich von ihm erwarte.“ Briand spricht in der Kammer mit Genugtuung von „unserer freihändlerischen (1) Regierung im Saargebiet“. Frankreich weiß, daß man ihm 15 Jahre Zeit und Freiheit gegeben hat, seine Pläne zu verfolgen. Es weiß, daß England und Amerika andere Sorgen haben, und daß dieser Völkerrund ihm keine Schwierigkeiten machen wird. Und Deutschland? Seine Proteste werden vom Völkerrundrat abgelehnt oder überhaupt nicht beantwortet. Und darum hält es Frankreich auch gar nicht der Mühe wert, die Vorschriften des Versailler Vertrages auszuführen. Nach wie vor hat es 8000 Soldaten im Saargebiet, obwohl der Vertrag Bildung einer Landesgendarmarie aus Einheimischen vorsieht. Aber auch die Gendarmen sind französisch. Die Saargebietbevölkerung hat immer noch keine Vertretung, kein Parlament. Jeder Versuch zur Abwehr einer Vergewaltigung wird mit Maschinengewehren unterdrückt.

Cuppen-Malmédy, Oberschleifen, Saargebiet — und da soll Deutschland noch an Recht und Völkerrund glauben! Die Gewaltpolitik Frankreichs im Saargebiet schreit zum Himmel. Die Welt ist taub dafür. In Washington will man den Welt des Friedens hören. Deutschland gehört nicht zur Welt, für Deutschland gibt es keinen Frieden und kein Recht!